



FraktionsInfo
Ausgabe Mai
2016

SPD-Fraktion in der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Inhalt:

Fraktion aktuell:	Zweckentfremdungsverbot konsequent durchsetzen!	Seite 2
Fraktion im Kiez:	... mit dem Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße	Seite 3
Initiativen der SPD-Fraktion zur 40. BVV		Seite 4

Pressemitteilung:

„Konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots auch in Pankow!“	Seite 10
„Güterbahnhof an der Ringbahn: Schienentransport in die Innenstadt sichern!“	Seite 11

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin.
Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 01.06.2016, Erscheinungsdatum: 07.06.2016

Fraktion aktuell**Zweckentfremdungsverbot konsequent durchsetzen**

Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel hat ein Verfahren über die Bezirksaufsicht angekündigt, wenn CDU-Stadtrat Torsten Kühne die Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbots in Pankow ruhen lässt, sobald dagegen geklagt werde. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje unterstützt den Vorstoß des Senators ausdrücklich und stellt klar, dass die Zweckentfremdung von Wohnraum auch in



*SPD-Fraktionsvorsitzende
Rona Tietje*

Pankow konsequent verfolgt werden müsse: „Wir haben lange für das Zweckentfremdungsverbot gekämpft, da gerade in Prenzlauer Berg viele Wohnungen dem Mietmarkt entzogen werden und als Ferienwohnungen genutzt werden. Jetzt gilt es, das Verbot durchzusetzen – ohne Wenn und Aber.“ Den Verweis Kühnes auf die für Anfang Juni erwartete Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts lässt sie nicht gelten: „Eine abschließende Gerichtsentscheidung der Anbieter-Klagen ist keine Frage von Wochen oder Monaten, sondern wird womöglich durch mehrere Instanzen gehen und könnte sich damit über Jahre hinziehen.“

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur 40. BVV eingebracht, der das Bezirksamt dazu aufruft, das bisher praktizierte Aussetzen von Vollstreckungsverfahren zu beenden. Der Antrag wurde von den Grünen mitgezeichnet und in der BVV beschlossen. Der Stadtrat ist damit aufgefordert sein Personal so einzusetzen, dass komplett zweckentfremdete Hausaufgänge in Pankow endlich der Vergangenheit angehören.

Fraktion im Kiez

... mit dem Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße

Ausnahmsweise kam die Fraktion dieses Mal nicht in den Kiez, sondern der Kiez in die Fraktion. Auf Wunsch unserer Gäste vom „Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße i.G.“ setzten wir den vor gut einem Jahr im Kiezpavillon begonnenen Dialog zum geplanten Bebauungsvorhaben dieses Mal in der Fröbelstraße fort. So konnten wir am 9. Mai den erweiterten Vereinsvorstand um den Vorsitzenden Horst Krüger bei uns begrüßen.



Konzept-Vorstellung des Vereinsvorstands

Aus dem ersten Treffen entstand der Plan für die Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) für den Mühlenkiez, der nicht nur die geplante Baufläche, sondern den gesamten Sozialraum in den Blick nimmt. Die SPD-Fraktion trug diese Initiative in die BVV und stellte dessen Finanzierung durch die Senatsverwaltung sicher. Inzwischen ist das ISEK in Arbeit und wird mit seinem Abschluss eine ganzheitliche Planungsgrundlage für die weiteren Schritte liefern. Um die kommenden Planungen mit klaren Vorstellungen zu begleiten, hat der Verein in der Zwischenzeit ein eigenes, sehr detailliertes Konzept erarbeitet und dessen zentrale Punkte der SPD-Fraktion vorgestellt. Darin ging es um die Bebauungsdichte, die Anordnung der Gebäude, die Entwicklung der sozialen Infrastruktur und eine leistungsfähige Anbindung an den ÖPNV. Natürlich wurde auch die Parkplatzfrage diskutiert, die den Anwohnerinnen und Anwohnern besonders wichtig ist und mitberücksichtigt werden muss. In den Ausführungen von Herrn Freund, Frau Dr. Ahnis und Herrn Krüger ließen sich große Schnittmengen zur Position der SPD-Fraktion erkennen, in einigen Punkten wie beispielsweise dem Bedarf von Schulneubauten gingen die Einschätzungen noch auseinander. Es wurde vereinbart, die derzeit laufenden Voruntersuchungen und den für Juni angekündigten ISEK-Zwischenbericht abzuwarten. Anschließend sollen die Positionen vertieft und konkretisiert werden. Der Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern geht also weiter.

Bezirksverordnetenversammlung am 01. Juni 2016**Initiativen der SPD-Fraktion**

Zur 40. BVV waren die Stadträte gefragt: Torsten Kühne (CDU) musste zu seiner Handhabung des Zweckentfremdungsverbots Stellung nehmen, Jens-Holger Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) wurde zur Absage eines städtebaulichen Wettbewerbs an der Greifswalder Straße befragt. Sämtliche Initiativen der SPD-Fraktion sind im Folgenden nachzulesen:

Antrag:**Zweckentfremdungsverbot in Pankow konsequent umsetzen! (Drs. VII-1158)**

Das Bezirksamt wird ersucht, für eine unmittelbare Umsetzung des geltenden Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes (ZwVbG) in Pankow zu sorgen. Dabei sind sämtliche Verstöße konsequent zu ahnden. Das bisher praktizierte Aussetzen entsprechender Vollstreckungsverfahren ist zu beenden, sofern dem nicht Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren entgegensteht.

Der BVV Pankow ist bis zur 41. ordentlichen Tagung zu berichten.

Am 30. April 2016 ist die Übergangsfrist abgelaufen, bis zu der für gemeldete Ferienwohnungen Bestandsschutz galt. Seitdem verstoßen nicht genehmigte Ferienwohnungen in Berlin gegen das Zweckentfremdungsverbot, da sie dem Wohnungsmarkt dringend benötigten Wohnraum entziehen.

Auf Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin haben die Bezirke das Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes umzusetzen. Der zuständige Pankower Bezirksstadtrat erklärte allerdings mehrfach, die Vollstreckung der geltenden Regelung bis zu einer abschließenden gerichtlichen Klärung auszusetzen, sofern Vermieter gegen einen Bescheid klagen. Mit einer letztinstanzlichen Klärung ist jedoch kurzfristig nicht zu rechnen. Deshalb hat die Pankower Bezirksverwaltung diese Haltung aufzugeben und ist aufgefordert, zu einer konsequenten Umsetzung geltenden Rechts überzugehen. Das in diesem Zusammenhang seitens der Senatsverwaltung angestrebte Verfahren über die Bezirksaufsicht wird ausdrücklich begrüßt.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Güterbahnhof Greifswalder Straße Ost erhalten und entwickeln (Drs. VII-1159)**

Der Güterbahnhof östlich der Greifswalder Straße ist der einzige an der Ringbahn gelegene und in Betrieb befindliche Verknüpfungspunkt von Schienen- und Straßenverkehr im Bezirk Pankow. Die hier erfolgende Anlieferung von Material über die Schiene entlastet den Straßenverkehr und die Quartiere der Stadt von Lärm und Abgasen. Damit leistet dieser Standort einen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Die BVV Pankow beabsichtigt daher die Erhaltung und dauerhafte Sicherung der Fläche zwischen Ringbahn, Greifswalder Straße, Anton-Saefkow-Park bzw. Anton-Saefkow-Straße als Güterumschlag- und Logistikanlage sowie die perspektivische Erweiterung der Leistungsfähigkeit des Standortes zur Verknüpfung von Eisenbahn und Straße sowie von Eisenbahn und (Güter-)Straßenbahn.

Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, sämtliche langfristigen Planungen zur Umnutzung des Areals für Wohnzwecke einzustellen und sich gegenüber dem Eigentümer bzw. den Eigentümern, Mieterinnen und Mietern der Flächen, Eisenbahn- und Logistikunternehmen sowie den Senatsverwaltungen für Arbeit, Integration und Frauen sowie für Stadtentwicklung und Umwelt für die dauerhafte planungsrechtliche Sicherung des Areal im Sinne der Zielstellung und für die Weiterentwicklung zum Logistikstandort Eisenbahn-Straße-Straßenbahn einzusetzen.

Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt weiterhin, sich gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus von Berlin für die Aufgabe der im Flächennutzungsplan auf der Ostseite der Greifswalder Straße eingezeichneten Einzelhandelskonzentration einzusetzen, da dieses Ziel dem bezirklichen Einzelhandels- und Zentrenkonzept widerspricht.

Der BVV Pankow ist jährlich in einer Vorlage zur Kenntnisnahme über den Fortgang dieses langfristigen Vorganges zu berichten.

Im Rahmen der Voruntersuchung/des INSEK Thälmannpark erfolgte durch das Bezirksamt die von der BVV Pankow nicht eingeforderte Erweiterung des Untersuchungsgebietes um die Flächen des Güterbahnhofs Greifswalder Straße Ost und den Anton-Saefkow-Park. In einer sehr langfristigen Perspektive wurde eine Umnutzung von Teilen des Güterbahnhofs als Wohnstandort vorgeschlagen.

Mit dem Wohnbaukonzept für den Bezirk Pankow liegt eine umfassende Untersuchung einer Vielzahl von geeigneten und weniger geeigneten Standorten für den Neubau von Wohnungen vor. Im Wohnbaukonzept des Bezirks Pankow wird die Fläche unter der Nummer W0306_014 mit durchschnittlicher Eignung aufgeführt. Aufgrund der langfristigen

Verträge kommt jedoch nur eine Umnutzung nach dem Jahr 2027 in Frage. Vor diesem Hintergrund und der bis zu diesem Zeitpunkt entwickelbaren anderen Neubaustandorte im Bezirk Pankow ist eine Umnutzung des Areals für Wohnzwecke nachrangig und nicht weiter zu verfolgen. Hinzu kommt, dass eine Änderung des FNP erforderlich würde, da der FNP diese Fläche als gemischte Baufläche M2 und als Bahnfläche ausweist. Mit den Senatsverwaltungen besteht somit ein Dissens beim Thema Wohnen, da diese die langfristige Erhaltung für gewerbliche Nutzungen verfolgen.

Für die Weiterentwicklung als Logistik- und Gewerbestandort und die Verknüpfung von unterschiedlichen Verkehrsarten bietet der Standort hingegen optimale Voraussetzungen. Die Lage am S-Bahn-Ring ist dabei ebenso hervorzuheben wie die Nähe zum Zentrum Ost um den Alexanderplatz. Angesichts der von allen Seiten befürworteten und unterstützten Ziele zur Umsteuerung von Verkehren von der Straße auf die Schiene und der umweltpolitischen Ziele sowie des Klimaschutzes ist es sinnvoll, einen bereits vorhandenen Verknüpfungspunkt als solchen zu sichern und gezielt in seiner Leistungsfähigkeit zu erweitern. Diese Erweiterungen sollen sinnvoller Weise in Abstimmung mit den Senatsverwaltungen, vorhandenen Eigentümern und Nutzergruppen sowie möglichen neuen Nutzern aus der Transport- und Logistikbranche, insbesondere Eisenbahn-Verkehrsunternehmen, erfolgen. Dabei ist auch zu erörtern, ob und wie die weitere Verlagerung von Lieferverkehren von der Straße auf die Schiene erfolgen kann und welche Rolle dabei auch eine Verknüpfung mit dem und die Nutzung für Güterverkehre des angrenzenden Straßenbahnnetzes von Berlin spielen kann.

Das Planungsziel Einzelhandelskonzentration ist für diesen Bereich im bezirklichen Einzelhandels- und Zentrenkonzept nicht vorgesehen. Vielmehr endet der entsprechende bezirkliche Zentrumsbereich direkt am Bf. Greifswalder Straße. Eine Erweiterung des Zentrums Richtung Süden ist auf keiner der Straßenseiten vorgesehen oder wünschenswert. Das Planungsziel ist überholt und sollte aufgegeben werden.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Zusatz statt Ersatz – Kein Verzicht auf den Vivantes-Standort Prenzlauer Berg (Drs. VII-1160)**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und der Geschäftsführung der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH dafür einzusetzen, dass der Beschluss aus dem Jahr 2008 zur Schließung des Standorts Prenzlauer Berg überdacht und das Krankenhaus mit einem der Bevölkerungsstruktur des Prenzlauer Bergs angepassten Konzeption erhalten wird.

Das Vivantes Klinikum Prenzlauer Berg ist als eine Filiale der Krankenhauses Friedrichshain nach wie vor am Netz. Derzeit ist der Umzug in den auf dem Friedrichshainer Krankenhausgelände entstehenden Neubau für 2017 / 2018 geplant.

Die Rahmenbedingungen, unter denen die Schließung des Krankenhausstandorts Prenzlauer Berg im Jahre 2008 festgelegt wurde, haben sich jedoch vollständig geändert. Ging man damals auf Landesebene noch nicht von einem starken dauerhaften Wachstum des Bezirks Pankow aus, so hat sich das Bild in der Zwischenzeit gründlich weiter entwickelt.

In den acht Jahren seit 2008 ist die Bevölkerungszahl des Bezirks Pankow um 34.000 Einwohner von 356.000 auf knapp 390.000 gestiegen, im Ortsteil Prenzlauer Berg in dem selben Zeitraum um 13.000 von 145.000 auf 158.000 Einwohner. Bis 2030 ist im Gesamtbezirk ein Wachstum um 16 % prognostiziert. Der Bezirk Pankow soll im Jahr 2030 insgesamt 445.000 und der OT Prenzlauer Berg 181.000 Einwohner haben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es nicht nachvollziehbar, einen eingeführten und zentralen Klinik-Standort zur wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung im Prenzlauer Berg an einer Stelle aufzugeben, wo nie wieder ein Ersatz geschaffen werden kann. Der Neubau am Vivantes Standort Friedrichshain ist kein Ersatz, im Gegenteil, auch diese Standortvergrößerung wird aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen im innerstädtischen Bereich dringend und zusätzlich benötigt.

 Überwiesen in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Senioren.


Antrag:**Wohnstraßen im Kiez um den Arnimplatz von Umleitungsverkehren entlasten (Drs. VII-1161)**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der Verkehrslenkung Berlin dafür einzusetzen, die bisherigen Umleitungsverkehre zu analysieren und daraus kurzfristig Maßnahmen abzuleiten, um die Wohnstraßen rund um den Arnimplatz verkehrlich zu beruhigen.

Wegen Umbaus der Bösebrücke und der offiziellen Umleitungsstrecke durch die Jülicher Straße, die Behmstraße und die Malmöer Straße in Richtung der Bornholmer Straße ist der Kiez durch Kfz-Verkehr während der zweijährigen Umbauarbeiten massiv zusätzlich belastet. Die Malmöer Straße als die kürzeste Strecke wurde in der Prüfung durch die Senatsverwaltung als Umleitungsstrecke ausgewählt.

Viele Verkehrsteilnehmer versuchen aber über die anderen Wohnstraßen (u.a. Schivelbeiner Straße, Schönfließler Straße, Driesener Straße und Seelower Straße) zu fahren, um in Richtung Bornholmer Straße zu kommen. Dies belastet das gesamte Wohngebiet rund um den Arnimplatz und führt an den Kreuzungsbereichen zu Gefährdungen von Fußgängern und Radfahrern.

Die bisherigen Erfahrungen sollten ggf. in Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung ausgewertet werden, um zumindest die anliegenden Wohnstraßen zu entlasten.

 In 2. Ausfertigung in der BVV beschlossen.

Große Anfrage:**Absage eines städtebaulichen Wettbewerbs für den Bereich Güterbahnhof Greifswalder Straße / Lilli-Henoch-Straße? (Drs. VII-1163)**

1. Wann erhielt das Bezirksamt davon Kenntnis, dass eine Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs für den Bereich Güterbahnhof Greifswalder Straße / Lilli-Henoch-Straße von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt nicht mehr beabsichtigt ist? Durch wen wurde das Bezirksamt darüber in welcher Form informiert?
2. Aus welchen Gründen und durch wen vertreten war die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zunächst für die Durchführung eines städtebaulichen

Wettbewerbs für diesen Bereich?

3. Wie hat das Baukollegium die Ergebnisse der sogenannten Machbarkeitsstudie für diesen Bereich bewertet? In welcher Form kann und wird das Bezirksamt diese Bewertung der BVV Pankow und der Öffentlichkeit zugänglich machen?
4. Wann und in welcher Form hat das Bezirksamt den BVV-Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen über die veränderte Position der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt informiert?
5. Wann und in welcher Form wurden die AnwohnerInnen und die Grundstückseigentümer bzw. die Anwohnerinitiative über diesen Sachverhalt informiert?
6. Nach welchen Kriterien entscheidet das Bezirksamt, welche Informationen wann und in welcher Form an die Bezirksverordneten bzw. an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen weitergeleitet werden?
7. Wie beurteilt das Bezirksamt nach heutigem Sach- und Kenntnisstand die Möglichkeiten einer von den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie vom Ausschuss für Stadtentwicklung für Grünanlagen gewünschten Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs für den Bereich Güterbahnhof Greifswalder Straße / Lilli-Henoch-Straße?

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen befasste sich unter Beteiligung der Anwohnerschaft in seiner Sitzung am 28. April 2016 im Rahmen der Ausgestaltung eines angestrebten städtebaulichen Wettbewerbs ausführlich mit der Drucksache VII-1111 nebst Änderungsantrag. Den Mitgliedern des Ausschusses war zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, dass weder das Land Berlin noch der Bezirk Pankow derzeit die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs für das Areal des Güterbahnhofs Greifswalder Straße beabsichtigen.

Vielmehr soll an der Machbarkeitsstudie als Planungsgrundlage festgehalten werden, obwohl diese sich in Ausschussdebatten als nicht ansatzweise mehrheitsfähig erwies, da sie städtebaulich nicht zu überzeugen vermag und auch die zwingende privatwirtschaftliche Notwendigkeit der beabsichtigten drastischen Verdichtung und Erhöhung der Grundstückausnutzung weder erkennbar ist, noch intersubjektiv nachvollziehbar vermittelt werden kann. Ein städtebaulicher Wettbewerb stellt somit auch weiterhin ein geeignetes Verfahren dar, um zu einem brauchbaren städtebaulichen Entwurf als Diskussionsgrundlage zu gelangen, in dem sowohl die Interessen der AnwohnerInnen, der Eigentümer und die Bedarfe des Bezirks Eingang finden.

Pressemitteilung vom 10.05.2016**Konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots auch in Pankow!**

SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje zum angedrohten Verfahren gegen Stadtrat

Wie die Berliner Zeitung in ihrer heutigen Ausgabe (10.05.2016) berichtet, strebt Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel ein Verfahren über die Bezirksaufsicht gegen den Pankower Bezirksstadtrat Dr. Torsten Kühne (CDU) an. Hintergrund ist die Ankündigung Kühnes, in Pankow vorerst nicht gegen Anbieter von Ferienwohnungen vorzugehen, die sich gerichtlich gegen ein Verbot der von ihnen angebotenen Ferienwohnungen auf Grundlage des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes wehren. Stattdessen wolle man eine gerichtliche Klärung abwarten, um Klagen auf Schadenersatz zu vermeiden.

Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Pankow, Rona Tietje: „Hier geht es darum, die kommerzielle dauerhafte Nutzung von Wohnraum auf Kosten der Nachbarschaft zu unterbinden. Dass der zuständige Stadtrat die Durchsetzung geltenden Rechts vorerst aussetzen will, ist nicht nachvollziehbar. Eine abschließende Gerichtsentscheidung der Anbieter-Klagen ist keine Frage von Wochen oder Monaten, sondern wird womöglich durch mehrere Instanzen gehen und könnte sich damit über Jahre hinziehen. Statt abzuwarten muss der Bezirk Pankow das Verbot deshalb konsequent durchsetzen.“

Weiterhin stellt sie fest: „Das Zweckentfremdungs-Gesetz ist ganz klar das richtige Instrument, um Wohnraum wieder seinem eigentlichen Nutzen zuzuführen. Dass der Senat für eine effektive Durchsetzung die notwendigen Stellen in den Bezirken kürzlich aufgestockt hat, war ein wichtiges Signal zum Ablauf der Übergangsfrist. Auch der Bezirksstadtrat sollte das verstanden haben und sein Personal so einsetzen, dass komplett zweckentfremdete Hausaufgänge in Pankow endlich der Vergangenheit angehören. Notfalls muss ihn die Bezirksaufsicht daran erinnern.“

Pressemitteilung vom 01.06.2016

Güterbahnhof an der Ringbahn: Schienentransport in die Innenstadt sichern!

SPD-Fraktion Pankow gegen perspektivische Gelände-Umnutzung für Wohnungsbau

Berlin baut derzeit an jeder Ecke. Wo Wohnungen entstehen, wird auch Beton benötigt. Der Weg aus dem Werk bis zur Baustelle ist häufig lang und zeitraubend – insbesondere wenn der Transport auf der Straße stattfindet und in den Innenstadtbereich hineinführt. Wo diese Wege sinnvoll verkürzt oder umgelagert werden können, sollte dies im Interesse der AnwohnerInnen und des Umweltschutzes auch getan werden. Stattdessen steht der zentrumsnahe und verkehrsgünstig an der Ringbahn gelegene Güterbahnhof östlich der Greifswalder Straße regelmäßig zur Debatte und wird langfristig für eine Wohnnutzung ins Gespräch gebracht. Dagegen spricht sich die SPD-Fraktion in einem Antrag zur heutigen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow aus und fordert den Erhalt und Ausbau des strategisch bedeutsamen Logistikstandortes.

Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Pankow, Roland Schröder: „Es ist hinlänglich bekannt, dass der Eisenbahngüterverkehr dem Straßengüterverkehr in ökologischer Hinsicht deutlich überlegen ist. Wer Klima- und Umweltschutz ernst nimmt, muss deshalb für den Erhalt eines derart günstig gelegenen Güterbahnhofes wie dem an der östlichen Greifswalder Straße sorgen. Dort werden künftig etwa 250.000 Tonnen jährlich umgeschlagen – das hieße 9.260 LKW zusätzlich auf der Straße, wenn dieser Standort weg fällt. Eine eventuelle Wohnbebauung, von der der zuständige Stadtrat Kirchner immer wieder spricht, ist deshalb völlig fehl am Platz. Es ist vielmehr angezeigt, den Güterbahnhof langfristig als solchen zu sichern und perspektivisch weiterzuentwickeln, um damit eine zusätzliche Belastung durch Gütertransport auf Pankower Straßen zu verhindern.“